

Abstimmungen: Eine ganze Reihe von Überraschungen

Schaffhauser AHV-Rebellinnen

ANALYSE Der Abstimmungssonntag hielt mehrere grosse Überraschungen bereit: Bei der Burgunparkinitiative in Neuhausen (siehe Seite 2), bei der kantonalen Volksinitiative «Keine Krankenkassenprämien für Kinder» und beim Schaffhauser Resultat zur AHV-Reform.

Fast 65 Prozent stimmten gegen die Initiative des Gewerkschaftsbundes, die allen Schaffhauser Kindern die Krankenkassenprämien schenken wollte. Dies, obwohl sich auch die Mitteparteien, die FDP und sogar die *Schaffhauser Nachrichten* für ein Ja ausgesprochen hatten.

Das überdeutliche Resultat überraschte alle. Auch, weil die Stimmbevölkerung sich schon zwei Mal für ein vergleichsweise grosszügiges Schaffhauser Prämienverbilligungssystem ausgesprochen hat: 2012 bei der Prä-

mienverbilligungsinitiative der AL und 2016, als die Regierung im Rahmen eines Sparpakets die Beiträge kürzen wollte.

Schaffhausen schert aus

Bei drei von vier nationalen Abstimmungen war Schaffhausen auf der Seite der Mehrheit: 60,0 Prozent Nein zur Massentierhaltungsiniziativa, 50,9 Prozent Nein zum Verrechnungssteuergesetz, 54,7 Prozent Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV.

Zur AHV-Revision aber stimmte Schaffhausen knapp – nur 17 Stimmen gaben den Ausschlag – Nein, als einer von nur drei deutschschweizer Kantonen. Die Schweiz befürwortete die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre mit 50,5 Prozent.

Was auf den ersten Blick überrascht, reiht sich in eine sanft rebellische Schaffhauser Tradition ein: Schon 1995, 2004 und 2017 war der Kanton Schaffhausen gegenüber einer Erhöhung des Rentenalters für Frauen kritischer als die ganze Schweiz.

Warum hat Schaffhausen als bürgerlich dominierter Kanton in dieser Frage erneut relativ links abgestimmt?

Gemäss einer *Tamedia*-Nachbefragung sagten Frauen und die Wählerbasis von SP und Grünen deutlich Nein, Rentner deutlich Ja. Das macht das Schaffhauser Ergebnis aber noch erstaunlicher: SP und Grüne sind in Schaffhausen nicht besonders stark, die Bevölkerung ist vergleichsweise überaltert und der Frauenanteil in allen Kantonen ungefähr gleich.

Die Nachbefragung hat aber ein weiteres Merkmal untersucht:

das Einkommen. Menschen, die weniger als 9000 Franken pro Monat verdienen, lehnten die AHV-Reform mehrheitlich ab. Und gemäss Steuerstatistik ist diese Einkommensklasse in Schaffhausen übervertreten. Mehr noch: Über alle Kantone betrachtet, korreliert der Anteil dieser Haushalte mit Einkommen unter 9000 Franken mit dem Anteil Nein-Stimmen. Das heisst: Je mehr Leute mit kleiner Lohntüte, desto stärker die Ablehnung der AHV-Reform.

Dieser Zusammenhang ist eindeutig vorhanden, aber nicht enorm stark (für Statistik-Nerds: Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,26). Dennoch geben die Zahlen ein Indiz für folgende Aussage: Schaffhausen hat die AHV-Reform unter anderem abgelehnt, weil hier relativ viele Menschen mit kleinen Einkommen leben. **mg.**

Solar- und Windoffensive

KANTONS RAT Die drohende Energiemangellage bringt eine neue Bewegung ins Kantonsparlament: Vorstösse rund um die Förderung erneuerbarer Energie häufen sich und dominierten auch die Kantonsratsdebatte vom letzten Montag.

Im Fokus stand unter anderem ein Postulat von SVP-Mann Josef Würms, in dem es um Windräder geht. Bis jetzt kam dafür als Standort nur der Chroobach bei Hemishofen infrage. Zwei weitere Standorte, das Randenus und der Hagenturm, sind planerisch noch in der Vororientierungsphase – heisst, sie wurden nicht weiterverfolgt. Würms forderte im Postulat die Anpassung des kantonalen Richtplans: Die beiden potenziellen Standorte sollten auf dieselbe

Stufe wie der Chroobach angehoben werden. Konkret verpflichtet das die Kantonsregierung dazu, weitere Abklärungen zu tätigen, bevor das Randenus und der Hagenturm definitiv für Windkraftanlagen infrage kommen.

In einer knapp angenommenen Motion fordern ausserdem Maurus Pfalzgraf (Junge Grüne) und Mayowa Alaye (GLP), dass der Kanton in den Gemeinden spezielle Zonen definieren kann, in welchen grössere Anlagen erneuerbare Energie produzieren.

Pfalzgraf hatte am gleichen Tag einen zweiten Erfolg: Auch seine Motion zu Solaranlagen wurde angenommen. Künftig benötigen Solaranlagen in Industrie-, Gewerbe- und Arbeitszonen keine Bauwilligung mehr. Sie müssen nur noch gemeldet werden. **sam.**

FORUM

Hier wird klar kein Geld versteckt

Zum Leserbrief «Wo Du nicht bist, Herr Jesus Christ», AZ vom 22. September 2022

Lieber Dichter Peter Dörig
Hier irrst du dich doch ganz gehörig.
Es geht nicht überall ums Geld,
in Kirchen auch noch and'res zählt.

Natürlich müssen sie auch bitten
um Mitgliederbeiträge, so sind die Sitten.
Doch kannst du jederzeit hingehen
und dir die Buchhaltung ansehen.

Gottes Bodenpersonal
will für Menschen da sein allzumal.
Vielleicht nicht immer ganz perfekt,
doch wird hier klar kein Geld versteckt.

Geh sie mal fragen,
sie werden's dir sagen.
Mitenand rede goot ringer
sagt mit Grüssen Joachim Finger.

Joachim Finger, Löhningen